

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Nr. 131.

Montag, den 8. Juni 1896.

7. Jahrgang.

Revolution und Contrerevolution.

In der Geschichte der modernen Revolutionen läßt sich eine fast schematische Gleichheit der Entwicklung beobachten. Der alte Feudalstaat, vertreten durch das absolute Königtum, wird wirtschaftlich bankrott und sieht sich in Folge dessen gezwungen, sich an diejenige Klasse zu wenden, die im Besitze des mobilen Capitals ist. Die Bourgeoisie benutzt den finanziellen Ruin der Krone, um sich die politische Macht ganz oder theilweise zu sichern. Da die Geldkönige den geliebten Königen ihre milde Hand nur dann aufhoben, wenn der besitzende Theil des Volkes dafür gutlag, so ist die unerlässliche Bedingung jeder Anleihe die Einberufung einer Volksvertretung. Die moderne Demokratie des Staates, die der bürgerliche Parlamentarismus lebendig macht, ist die Folge davon. Das Parlament will jedoch nicht nur eine Bewilligungsmaschine für Anleihen und Steuern sein; es will Einfluß auf die Gesetzgebung haben, und so kommen die politischen Neubildungen zu Stande, welche die Geschichte des 19. Jahrhunderts unter dem Namen Republiken und constitutioneller Monarchien in verschiedenen Mischungsverhältnissen kennt. In Frankreich hat die Bourgeoisie ganze Arbeit gemacht; sie hat die politische Macht voll und ganz auf dem angegebenen Wege erobert. Das deutsche Bürgertum war zu dummsinnig und zu feige, um die Situation gehörig für sich auszunutzen; allein auch der mächtige Parlamentarismus unserer Staatsorganisation ist nicht mehr zu befehligen: man braucht das Bürgertum, will man sein Geld brauchen.

Unter obensiehendem Titel ist, wie unlängst angezeigt wurde, letzter Tage eine Broschüre im Dietrich'schen Verlag erschienen, welche eine Sammlung von Aufsätzen ist, die ein Karl Marx für die amerikanische Zeitung „Tribüne“ geschrieben hat. Die Artikel haben die frische Tinte der Aktualität und zugleich einen weiten historischen Blick, welchen die Tagesschriftstellerei oft vermissen läßt. Aus der Sammlung dieser Aufsätze theilen wir eine Stichprobe mit, welche für die deutsche, speciell die preussische Revolution das oben Gesagte befestigen wird.

Als den Zeitpunkt der oppositionellen Erhebung der deutschen Bourgeoisie kann man das Jahr 1840 betrachten, den Tod Friedrich Wilhelms III. von Preußen, des letzten noch lebenden Gründers der heiligen Allianz von 1815. Man wußte von dem neuen König, er sei kein Freund von der überwiegend bürokratischen und militärischen Monarchie seines Vaters. Was die französische Bourgeoisie von Ludwig XVI. erwartet hatte, erhoffte die deutsche bis zu einem gewissen Grade von Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Auf allen Seiten war man einig, daß das alte System überlebt und bankrott sei und aufgegeben werden müsse, und was man unter dem alten König schweigend ertragen, wurde nun laut für unerträglich erklärt.

Aber wenn Ludwig XVI., Louis le Désiré*) ein einfacher, anspruchsloser Einfaltspinsel war, seiner eigenen Wichtigkeit halb bewußt, ohne bestimmte Ideen, hauptsächlich von den Wohnheiten geleitet, die er während seiner Erziehung erworben, war Friedrich Wilhelm le Désiré*) ganz anderer Art. Er übertraf sicher sein französisches Original

an Charakterstärke, war aber dabei weder ohne Ansprüche, noch ohne Ideen. In dilettantischer Weise hatte er sich mit den Elementen der meisten Wissenschaften bekannt gemacht und hielt sich dabei für kenntnisreich genug, sein Urtheil in jeder Sache für entscheidend anzusehen. Er war überzeugt, er sei ein Redner ersten Ranges, und es gab sicher keinen Handlungsreisenden in Berlin, der ihn an Fülle vermeintlichen Wises oder an Geläufigkeit im Sprechen übertreffen konnte. Und vor Allem hatte er seine Ideen. Er haßte und verachtete das bürokratische Element der preussischen Monarchie, aber nur, weil alle seine Sympathien dem feudalen Element gehörten. Einer der Gründer und Hauptmitarbeiter des Berliner „Politischen Wochenblatts“, der sogenannten historischen Schule (einer Schule, die von den Ideen Bonalds, de Maistre's und anderer Schriftsteller der ersten Generation der französischen Legitimisten zehrte), strebte er eine möglichst vollständige Wiederherstellung der sozialen Vorherrschaft des Adels an. Der König sollte der erste Ehemann des Reiches sein, umgeben zunächst von einem glänzenden Hofstaat mächtiger Vasallen, Fürsten, Herzöge und Grafen, und dann von einem zahlreichen und reichen niederen Adel; er sollte nach seinem Gutdünken über seine getreuen Bürger und Bauern herrschen, als das Haupt einer vollständigen Hierarchie gesellschaftlicher Abstufungen oder Klassen, von denen jede ihre besonderen Privilegien besaß und durch eine fast unübersteigbare Schranke der Geburt oder einer festbestimmten gesellschaftlichen Stellung von den anderen getrennt war; und dabei sollten alle diese Klassen oder Stände des Reiches einander an Macht und Einfluß so trefflich das Gleichgewicht halten, daß das Handeln des König völlig frei blieb; das war das beau idéal, das Friedrich Wilhelm IV. verwirklichen wollte und das er jetzt wieder zu verwirklichen strebte.

Es dauerte einige Zeit lang, bis die preussische Bourgeoisie, in theoretischen Fragen nicht sehr bewandert, den wirklichen Charakter der Absichten ihres Königs herausfand. Aber was sie sehr bald merkte, war die Thatsache, daß seine Neigungen sich auf Dinge richteten, die das gerade Gegenteil dessen waren, was sie brauchte. Kaum war das Fundament des neuen Königs durch den Tod seines Vaters angelegt, da machte er sich auch schon daran, seine Intentionen in Reden ohne Zahl zu verkünden; und jede Rede, jede That entfremdete ihm immer mehr die Sympathien der Bourgeoisie. Er hätte sich nicht viel darum gekümmert, wären nicht einige harte und beunruhigende Thatsachen dazwischen, die seine poetischen Träume führten. Wie traurig, daß die Romantiker so schlecht zu rechnen versteht und daß der Feudalismus seit Don Quixote stets die Rechnung ohne den Wirth macht Friedrich Wilhelm IV. besaß zu viel von jener Verachtung für bares Geld, die seit jeher das edelste Erbstück der Söhne der Kreuzfahrer gewesen ist. Er fand bei seiner Thronbesteigung ein kostspieliges, wenn auch knauserig eingerichtetes Regierungssystem vor, und einen mächtig gefüllten Staatskassensack. Nach zwei Jahren war jede Spur eines Ueberschusses in Hofkosten, königlichen Reisen, Gnadengaben, Unterstützungen an hungernde und luternde, schmückerische und gierige Adelige u. s. w. aufgegangen und die regelmäßigen Steuern genügte nicht mehr für die Bedürfnisse des Hofes und der Regierung.

Und so fand sich Sr. Majestät bald in der Klemme zwischen einem unverhältnißmäßigen Deficit auf einer Seite und einem Gesetz von 1820 auf der anderen, das jede neue Auflage und jede Vermehrung der bestehenden Steuern ohne Zustimmung der „künftigen“ Volksvertretung ungesetzlich machte. Diese Volksvertretung bestand nicht; der neue König war noch weniger geneigt, als selbst sein Vater, sie zu schaffen; und wäre er dazu geneigt gewesen, so wußte er, daß die öffentliche Meinung seit seinem Regierungsantritt ganz erstaunlich gewechselt hatte.

Die Bourgeoisie, die zum Theil erwartet hatte, der neue König werde sofort eine Constitution gewähren, Pressefreiheit und Schourgerichte geben u. s. w., kurz, sich selbst an die Spitze der friedlichen Revolution stellen, die sie brauchte, um die politische Macht zu erlangen — die Bourgeoisie hatte ihren Irrthum eingesehen und sich wärend gegen den König gewendet. In der Rheinprovinz und mehr oder weniger in ganz Preußen war sie so erbittert, daß sie, da ihr nicht genug tüchtige Männer zur Verfügung standen, die sie in der Presse vertreten konnten, sich zu einer Allianz mit der extremen philosophischen Richtung bequemt, von der wir oben gesprochen. Die Frucht dieser Allianz war die „Rheinische Zeitung“ in Köln, die nach fünfzehnmonatlichem Bestehen unterdrückt wurde, von der man aber das moderne Zeitungsweisen in Deutschland danken kann. Das war 1842.

In diesen äußeren Umwälzungen spiegelt sich ein wirtschaftlicher Prozeß wieder: Ende des vergangenen und Anfang dieses Jahrhunderts war die wirtschaftlich kapitalistische Macht von dem grundbesitzenden Adel an das kapitalistische Bürgertum übergegangen. Nun ist es ein politisches Uebing, daß eine ökonomisch bankrotte Klasse auf die Dornen die Herrschaft über eine Klasse ausübt, welche die Drähte des ganzen wirtschaftlichen Lebens in der Hand hat. So kam es, wie es kommen mußte: Das Bürgertum sicherte sich seinen Antheil an der politischen Macht. Das nun folgt, ist ein wiederum wesentlich ökonomischer Vorgang. Der Staat geräth immer tiefer in die Schuldenverschuldung der Besitzenden: er wird ganz von selbst eine Versicherungsgesellschaft für den Capitalismus. Dieser braucht jedoch, um seine Herrschaft zu erhalten, einen unendlich kostspieligen Apparat: Militarismus, Bureaucratie u. s. w., lauter Einrichtungen, welche die Bedürfnisse des Staates stets und ständig steigern und ihn durch sein eigenes natürliches Schwergewicht immer weiter abwärts führen auf der schiefen Ebene, an deren Ende der Staatsbankrott ebenso sicher steht, wie am Ende der Periode des Feudalismus der Bankrott des Absolutismus. Dieser Prozeß geht noch viel rascher vor sich, als die Aufsaugung des Kleinbetriebes durch die Großproduction. Es ist das eine Revolution, gegen welche es alsdann keine Contrerevolution geben wird.

Politische Rundschau.

Berlin, den 6. Juni 1896.

Aus dem Reichstage. Das Böhmergesetz ist heute nach vierstündiger Debatte endgültig auch in der Gesamtsitzung angenommen worden. Unser Genosse Singer kam noch einmal auf den Fall Blöck zurück und fertigte den

Maschinen.

Roman von Conrad Alberti.

Nachdruck verboten.

„A sagt — a hätt Euch ganz genau erkannt — euch beide, wie ihr in dem Korn zusam gekaspert habt.“

„A soll es's Maul halen“, rief Karl, „luste erzähl ich 'mal ein Daise, was er für Geschichten mit seiner Großmagd treibt.“

„Der Bauer kann treiba was a will“, entgegnete Schurig fest, „ich will wissen, ob Du das Gebot Gottes übertreten hast, Roarle!“

Karl sah verstockt auf die Diele und antwortete nicht, indes Gabig das Rinn seiner Tochter ersah und sagte: „Gretel — is das meglich . . . is das Alles schon wieder zum Dhire 'naus, was der Herr Farrer Dir erst vor's Jahr gelernt hat?“

Gretel sagte einen Entschluß, hob den Kopf und sagte sanft aber fest: „Na — ich werd' doch die Schande nicht auf mir sitzen lassen vor den ganzen Wädeln ei der Fabrike, daß ich alleene kein' Schatz ni' find'! Da müßt' ich mich ja zu Tode schämen!“

Schurig schlug die Hände zusammen. „Allmächtiger Gott!“ schrie er. „So reden sie heute, die jungen Purigen und Wädeln! So fahren sie heute in Sünde und Verderben! Und wissen nicht, daß der Leib ein Tempel des heiligen Geistes ist, der in ihnen ist und den sie von Gott haben — und ahnen nicht, daß sie sich an Gott versündigen, wenn sie sich versündigen am eigenen Leibe!“

Der alte Lanze nahm die sinkende Pfeife aus dem schokoladen Brunde und sagte stammelnd — denn in Momenten

der Erregung ergriß ihm das Zittern alle Glieder: „So geht's, wenn die Mutter im Hause fest!“

„Ne!“ rief der alte Gabig schrill, „von dem . . . ich will's Euch sagen, von dem verdammten Fabrikwädel kommt die ganze Verderbniß. Das hat unser altes, ehrliches Gewerbe zu Grunde gerichtet. Unser Wagn, das wir gesponnen — unsz Leinwand, die wir draus gewebt: vor Kaiser's Töchter sein je sein gerung gewesen. Und jetzt uf eemal is das Alles ni' meh' put! Unser Herrgott ha'n wer getankt, wenn wer und wer konnten uns truden Brot and Salz keefa, und jetzt uf ee'mal sein wir viel zu theuer. Die Spindel gedreht ha'n wir, die Schätze gepreißt, die Schätze gezogen, die Balken getreta, bis die Finger und Fisse uns abgehorba sein . . . und jetzt uf ee'mal sein wer zu langsam! Brot und Kleeder und Nahrung und Arbeit Alles hat der verdammte Kasser da draba uns genommen und jetzt nimmt a uns noch's Genügliche, das uns Freude gemacht hat in dieser Welt der Noth und des Hungers . . . Siitfam zu Hause bleeba bei Eltern und Geschwistern, einen Tew andern helfen, zureichen, ign ablesen . . . werkte, wie sie das nenna, Schurig? Werktes ni' . . . Langstielig heesha si's . . . das Vaterhaus: darin dulbet sie's ni' meh'. Da wird ja Obacht gegeben, daß sie sich gefittet betragen, in Schorsam und Ruhe! Ne — da leesa sie lieber ei der Fabrike! Da können sie sich 'rumtull'n! Da verschiden sie sich unterwegs, da kasperrn sie mitsam, da brauchen sie sich vor kee'n ni' zu verantworten! . . . Die Tränen kamen ihm in die Augen, er preßte das Gesicht gegen die Wand. Gretel trat zu ihm, umfaßt ihn und sagte leise: „Aber Vaterle — es is doch e'n ganz anderer Verdienst . . .“

Er drehte sich um, stieß sie mit dem Handstumpf von sich, und schrie unter Thränen: „Fah mich nicht an, verworfnes Frau'nzimmer.“ Das Mädchen brach erschüttert zu

seinen Füßen nieder, wie ein trockner Ast und schluchzte: „Vaterle — erst hat a so drum gebettelt — und dann hätt' a mich beinah geprügelt — — Vaterle!“

„Herrgott“, schrie Karl, indes ihm die Gluth ins Gesicht stieg, „thutt od nich so, als hätt' ich Eenen todtegeschlagen! Wen geht's denn was an as uns zwee Beede, wenn ich uns hab' was vor mit der Gretel? Vor unser Herrgott wer ich's schon selber verantworten — und der Herr Pfarrer wird mir's auch schon vergeb, wenn ich und ich kimm ein Fröhjahr und brück ihm den Thaler in die Hand für die Traugebühren. Aber erst muß ich a han!“

Gabig drehte sich um. „Und Du wirst die Gretel nicht lösen lassen?“

„Sei od ruhig!“ sprach der alter Schurig nicht ohne eine gewisse Würde. „Vor was wär' ich denn und ich bin da? Schlecht is a nich der Karl, nur wild und jäh. Das hat mir seine Mutter oft aus dem Jenfalls gesagt. Er wird die Gretel heiern, damit si: nich soch einmal als Geiß herumzugehen braucht, wie seine Mutter, die ich nich heiern konnte weil's nich langte.“ Ein rascher Senfser kam aus Gretel's Mund, die Furcht vor einem entsetzlichen Schicksal nach dem Tod.

„Nu — dann is gut!“ sagte Gabig und reichte Karl die Hand. „'s is ane schwere Gottesprüfungszeit. Wä'ma Bruder is gekern's Schweine crep't, an der neuen Krankheit, die sie ei der Stadt mit den langen Messingklöcker erfunden han. Nu sikt er da, der arme Mann, und fährt sich ei die Haare. Die Welt wird immer schlechter.“

Karl juckte die Achseln. „Der liebe Gott is alt geworden und vergißt Eenen über dem Andern.“

„Roarle!“ rief Schurig, „renne und de wilst lästern, geh' ei der Fabrike!“ Gabig hatte sich Schurig genähert und flüster ihm leise ins Ohr: „Was meine Alte wilst zu

Der „Dallies“ scheint bei den Anarchisten sehr groß zu sein. Die von Mosk herausgegebene wöchentlich erscheinende „Freiheit“ mußte letzten eine Nummer ausfallen lassen, weil das Geld fehlte, den Papierhändler und Drucker zu bezahlen, und die von Max Baginsky in Chicago herausgegebene „Sturm-Glocken“ haben schon nach der dritten Nummer ihr Erscheinen wieder eingestellt, weil, wie Mosk schreibt: „Zeitungen schädliches Geld kosten und das bei denjenigen, welchen „Sturm“ wie Musik in den Ohren klingt, nicht das Wenigste ist.“ In Buttiamers Zeiten stand das besser mit den anarchischen Organen. So constatirte die „Freiheit“ über die Ausführung des „Reinens“ vom 19. November 1885, daß die „Freiheit“ in 5000 Exemplaren gedruckt wurde, von denen 4500 nach Europa d. h. nach Deutschland und Oesterreich kamen. Wer diese große Auflage aber bezog und bezahlte, wurde 1894 in einem Proceß gegen unseren Genossen Krewinkel aufgedeckt, wobei sich ergab, daß ein gewisser Polizeicommissar Möhlly aus Aachen, die „Freiheit“ packetweise über die Grenze schmuggeln ließ und dafür bezahlte. Bekannt ist auch, daß zeitweise die Herstellungskosten der „Freiheit“ sogar direct aus Mitteln gezahlt wurden, welche von der Polizei zum Zweck der politischen Spionage geliefert wurden. Heute scheinen für solche Zwecke keine Gelder mehr flüssig zu sein. Für gewisse Leute Grund genug zur Wuth über den Grafen Caprivi, der den Bessensfonds abschaffte und damit die Mittel zur Corruption beschchnitt.

Eine schwere Grenzverletzung haben sich schon wieder einmal russische Grenzsoldaten zu schulden kommen lassen. Kürzlich versuchten zwei Auswanderer von russischer Seite das Grenzflüßchen Repohne, gegenüber dem preussischen Dorfe Sypaten, zu überschreiten. Russische Grenzsoldaten hielten einen der Auswanderer fest und mißhandelten ihn mit Gewehrkolben und Bajonetten dergestalt, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Dem anderen Auswanderer war es mittlerweile gelungen, den Grenzfluß zu durchwaten und ein in der Nähe der Grenze belegenes preussisches Gehöft zu erreichen. Die russischen Grenzsoldaten schossen nach dem fliehenden Auswanderer, d. h. also über die Grenze hinaus, und zwar nicht weniger als viermal. Zum Glück verfehlten die Gewehrflügel ihr Ziel, einige erreichten aber das Gehöft eines Besitzers in Sypaten und schlugen dort in die Mauern des Wohnhauses ein. Die Sache ist zur Anzeige gebracht worden. Warum empört sich nicht der deutsche Chauvinismus gegen diese freien Frechheiten des Erbknechtes im Osten? Warum flucht er solche Frechheiten ruhig ein? Warum raffelt er hier nicht mit dem Säbel?

Oesterreich - Ungarn.

Eine neue Anwendung des Boykotts, nämlich die Boykottirung einer ganzen Stadt, ja eines ganzen Landes, wird gegenwärtig allen Ernstes empfohlen. Der bekannte Lueger hat dieser Tage eine große Rede gehalten, in welcher er gegen die Ungarn zu Felde zog, die er als „Jubao-Maggaren“ bezeichnet. Anlaß dazu gab der Millenniumsschwindel, der allerdings — das muß man dem Antisemitenkapitän schon zugestehen — in einer Weise inscenirt wurde, welche die widerlichsten Reclamestücke, die man bisher von Juden und Christen gemohnt war, bei Weitem übertrifft. Ganz Ungarn, vor Allem aber natürlich die Presse, tobt vor Entrüstung, und der „Pester Lloyd“, sonst immer noch relativ vernünftig, antwortet mit einer regelrechten Boykottaufforderung: „Kauft nicht in Wien! Im ganzen Lande, an allen Straßenecken müssen Aufrufe die Warnung verkünden, daß kein Ungar nach Wien gehen dürfe. Wer irgend etwas von Wien bezieht, beleidigt sein Vaterland, indem er jene Stadt unterstützt, wo Ungarn haß gepredigt und großgezogen wird. Den Vertretern österreichischer Fabrik- oder Handelshäuser muß höflich, aber energisch die Thüre gewiesen werden. Der ungarische Kaufmannschaft, der sich zu jeder Zeit für wahrhaft patriotische Zwecke so empfänglich und opferfreudig gezeigt hatte, muß für die Ungarn zugefügten Beleidigungen Retorsion üben, unsere Kaufleute haben die Macht zu dieser Wiedervergeltung in Händen und das ungarische Publikum wird freudig mit-helfen bei dieser patriotischen Aufgabe. Wir werden nicht schimpfen, weil wir ja hierfür keine Zeit haben. Auf alle Ausfälle und Beschimpfungen, die von Wien ausgehen, haben wir nur eine einzige Vergeltung, die wir jedem Patrioten in's Gedächtniß rufen und einschärfen möchten: „Ungarn, lauft nicht in Wien!“ Das kann noch schön werden!

Italien.

Die Verhandlungen zwischen der italienischen Regierung und dem Vertrauensmann des Regens Menelik, Ingenieur Sig in Zürich, sind zum Abschluß gelangt. Der Vertrag von Asschall, der die italienische Schutzherrschaft über Abessinien erklärt, fällt fort, Abessinien erhält völlig freie Hand in seinen auswärtigen Beziehungen, als künftige Grenze zwischen Erithraä und Abessinien soll der Marebfluß gelten. Von einem Lösegeld für die Gefangenen wird Abstand genommen, dagegen verpflichtet sich Italien, dem Regus sämtliche Kosten für die Verbringung und Beförderung der Gefangenen zu erstatten. Die Freilassung der italienischen Gefangenen erfolgt erst nach dem endgültigen Beschluß des Friedensvertrages. Der Erfolg Abessinien ist also gesichert.

Mailand, 6. Juni. Den bürgerlichen Parteien des letzten mailändischen Wahlbezirks gelang es immer noch nicht, einen Gegencandidaten gegen Genossen Turati zu haben. Die conservative constitutionelle Vereinigung der großen Wahlmänner beschloß, jeden Gegencandidaten zu unterstützen, der staatserkaltende Principien vertritt, wagte aber nicht, einen Bestimmungsgenossen vorzuschlagen. Die Demokraten sind uneinig, und die Klerikalen, des Wählens müde,

sind für Wahlenthaltung. Kommt aber noch ein bürgerlicher Candidat zum Vorschein, so wird der Conservativen Wunsch erfüllt.

Inzwischen arbeiten die Socialisten thätig in mehreren gut besuchten Versammlungen. Bis zum 14. Juni, dem Wahltag, sind noch einige 20 Versammlungen in Aussicht genommen.

Römische Regierungsblätter interessieren sich lebhaft für diesen Wahlkampf. Erfolg der Socialisten heißt nicht nur einen der kenntnißreichsten Genossen und gewandten Redner in's Parlament schicken, sondern auch die künftige Uebermacht der Socialisten im künftigen Mailänder Wahlbezirk den bürgerlichen Parteien gegenüber darthun, zumal am 20. Juni an 300 neu eingeschriebene socialistische Wähler stimmberechtigt werden.

Aus Hunger revoltiren seit zwei Tagen die Bewohner von Sant Arcangelo di Romagna. Bäder- und andere Schwaarenläden wurden geplündert. Hunderte beschäftigungsloser Arbeiter verlangen Brot und Arbeit. Im Zusammenstoß mit der Polizei, die sechs Personen verhaftete, wurden mehrere Frauen verwundet.

Belgien.

Das liberale Ministerium sucht noch zu retten, was es retten kann, bevor die kommenden Parlamentswahlen vielleicht seine Stellung erheblich erschüttern. Es hat in der Repräsentantenkammer eine Vorlage eingebracht, die das vor zwei Jahren erlassene „einseitige“ Wahlgesetz für die Wahl der Provinzialräthe auch für die im Juli d. J. stattfindenden Provinzialwahlen in Kraft beläßt. Der liberale Kammerauschuß hat diese Regierungsvorlage ohne Weiteres genehmigt — mit gutem Grunde. Dieses einseitige extraractionäre Wahlgesetz schließt die breiten Schichten des Volkes von jedem Stimmrecht bei den Provinzialwahlen aus und bestimmt, daß der nur mindestens 30 Jahre alte Bürger stimmberechtigt ist und den Besitzenden und Gebildeten zwei bis drei Wahlstimmen zusiehet. Man kann also, wenn man 25 Jahre alt ist, einen Volksvertreter für die Kammer wählen, muß aber 30 Jahre alt sein, um einen Provinzialrath zu ernennen. Zwei Gegenanträge sind in der Kammer eingebracht worden. Die Socialisten verlangen die Anwendung des allgemeinen gleichen Stimmrechtes mit 21 Jahren. Liberale, christliche Demokraten und Klerikale beantragen die Herabsetzung des stimmberechtigten Alters von 30 Jahren auf 25 Jahre. Ob dieser Antrag eine Mehrheit erlangen wird, ist zweifelhaft. Die Provinzialwahlen sind wichtig, weil die Provinzialräthe politische Körperschaften sind, die zahlreiche Rechte besitzen, die Gemeindevormalungen beaufsichtigen und auf die Besetzung der Richterstellen, der Gerichtshöfe erster und zweiter Instanz Einfluß haben.

Frankreich.

Seit dem Bankett vom 30. Mai, auf welchem Genosse Millerand die allen Richtungen des französischen Socialismus gemeinsamen Grundsätze als das Einigungsprogramm der socialistischen Partei aufgestellt hatte, colportirte die bürgerliche Presse aller Schattirungen die Mär von einer „Spaltung im socialistischen Lager“. Der seltsame Vorgang erklärt sich daraus, daß die socialistische Kammerfraktion eine Anzahl Abgeordnete enthält, die jenes Einigungsprogramm und namentlich die collectivistischen Erklärungen Millerands nicht unterschreiben konnten. Es sind meistens Vertreter von Kleinbürgerlichen oder ländlichen Wahlkreisen, die sich noch nicht zum proletarischen Socialismus durchgearbeitet haben. Von einer Spaltung im socialistischen Lager konnte also von vornherein nicht die Rede sein, höchstens von einer Auscheidung der bezeichneten Elemente aus der socialistischen Kammerfraktion. Indes ist auch letzteres nicht geschehen. In der, auf die Initiative des anticollectivistischen Abgeordneten Mirman stattgehabten Fraktionsabstimmung wurde zunächst mit 26 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 8 Abwesenden eine Principienklärung angenommen, deren wichtigster Passus also lautet: . . . „Die Kammerfraktion erklärt unumwunden, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Grundgedanken der Socialisten aller Länder und mit der französischen socialistischen Ueberlieferung seit der Revolution die Abschaffung des capitalistischen Regimes und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen anstrebt, und zwar vermittels der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, der Ersetzung des capitalistischen Eigenthums durch das gesellschaftliche Eigenthum und des internationalen Einvernehmens der Arbeiter.“ Einmüthig wurde sodann eine Resolution votirt, worin constatirt wird, daß die Stimmenthaltungen in Bezug auf die Principienfrage der notwendigen Einigung aller Fraktionsmitglieder auf dem Boden der parlamentarischen und politischen Action keinen Eintrag thun“. Die Hoffnungen der Bourgeoispartei auf eine „Spaltung“ sind also wieder einmal zu Schanden geworden. Dagegen sind durch Millerands Programmrede und die Annahme der drei socialdemokratischen Grundsätze von den Vertretern aller socialistischen Richtungen die nöthige principielle Klärung und eine engere Verbindung der rein socialistischen Elemente herbeigeführt worden.

Der socialdemokratische Parteitag zu Lille wird folgende Fragen behandeln: 1. Beschlußfassung über die vom Londoner internationalen Congress zu erörternden Fragen. 2. Die Arbeiterpartei und die parlamentarischen Erneuerungswahlen von 1897. 3. Vereinsthätigkeit der Thätigkeit der socialdemokratischen Gemeinderäthe. 4. Die Partei und die socialistische Disciplin (d. h. die Stellung der Partei zu den übrigen socialistischen Richtungen).

Afrika.

Ein Staat nach dem Herzen der Großcapitalisten wäre die Südafrikanische Republik geworden, wenn der Landstreich Jameson und seiner Bande gelungen wäre. Das beweisen immer mehr die Enthaltungen, die nun ganz allmählig an die Deffentlichkeit dringen. Wie aus Capstadt gemeldet wird, haben die Herren Rhodes und Beit schon im Jahre 1894 die

ersten Vorkehrungen getroffen, um bei gelegener Zeit den Landstreich gegen Transvaal auszuführen. Dementselbst haben nur wenige Personen von dem Plane gewußt. Im Laufe der Zeit wurden jedoch mehrere Directoren der Chartered-Company in's Gefängniß gezogen, um so auch eine finanzielle Basis für die zu vollziehenden Operationen zu erhalten. Agenten wurden nach Johannesburg geschickt, um den „Uitlander“ nach und nach auszuverkaufen und den Rhodes'schen Plänen geneigt zu machen, die Presse wurde geschmeichelt gemacht und politische Reden bei gegebenen Anlässen vom Stapel gelassen, um das Publikum allmählig den Revolutionsideen so geneigt zu machen, so daß es für noch eines entschlossenen Vorgehens bedürfte, um Transvaal zu überrumpeln. Das Programm dieser Finanzgruppe war für den Fall des Erfolges das folgende: 1. Alle Mineralrechte von Transvaal gehören einzig der Chartered-Company. Von dem Nettogewinn beziehen die Herren Rhodes und Beit 25 Procent! als wohlverdiente Belohnung für die Durchführung ihrer genialen Pläne. 2. Die De Beers-Company erhält eine Entschädigung für ihre Beiträge. 3. Die anderen großen Finanzmänner erhalten gewisse Vorrechte auf die restirenden Gewinne für die finanzielle Unterstützung des ganzen Projectes. Wäre dieser Plan ausgeführt, so hätten die „Uitlander“ bald eingesehen, welchen schlechten Tausch sie durch ihre Hingabe an die Chartered-Company gemacht hätten. Man denke sich die in Rhodes'su gütigen Gesetze auf Transvaal mit seinem Mineralreichtum angewendet und man wird einsehen, daß die „Uitlander“ dabei vom Regen in die Traufe gekommen wären. 50 Procent aller Einkünfte fließen in den Sack der Chartered-Company, 25 Procent erhalten die beiden Prospectoren Rhodes und Beit und die übrigen 25 Procent kommen auf das liebe Publikum, dem bis zur Stunde sammtliche 100 Procent gehörten. Man muß sagen, daß gegen die Rhodes und Consorten die ostenbischen Agrarier und die Zuckerbarone eigentlich noch Muster von Uneigennützigkeit sind.

Arbeiterbewegung.

An die Arbeiterschaft Deutschlands! Seit dem 20. April befinden sich die Maurer Berlins in der Lohnbewegung. Bis 2. Mai verharteten wir im partiellen Streik. Der Erfolg war, daß auf 348 Bauten mit 4100 Kollegen unsere Forderungen: 9stündige Arbeitszeit und 55 Pf. Lohn durchgeführt wurden, ungefähr 2500 arbeiteten noch zu den alten Bedingungen; da die Arbeitslosigkeit noch ziemlich umfangreich war, so wurde am 3. Mai vom Streik zu Bauarbeiten übergegangen mit dem Bemerkten, zur geeigneten Zeit wiederum öffentlich vorzugehen.

Unteren Herren Reichern vom Bunde der Bau-, Maurer- und Zimmermeister ist aber das Vorgehen und noch mehr der Erfolg der Gesellen ein Dorn im Auge. Zunächst versuchten sie, uns in ihrem Organ todzuschweigen. Da trotzdem aber die bösen Gesellen ruhig leben und energisch ihre Forderungen verfolgten, mußten die Herren wohl zu anderen Mitteln greifen. Im Nr. 42 der „Baugewerkszeitung“ erschien nun das Resultat einer veranstalteten Umfrage bei 300 Baugeschäften. Hiernach sollte nur auf 90 Bauten in Berlin 9 Stunden gearbeitet werden. Somit sei festgestellt, daß die Behauptung der Maurer-Lohncomission falsch und nur eine eigene Selbsterherrlichung und Täuschung des Publikums sei.

Am 2. Juni veranstalteten die Maurer eine gründliche Feststellung im Streikgebiet Berlin. Diefelbe ergab: Controlirt wurden 596 Baustellen mit 6629 Mauern. Davon wird auf 332 Baustellen mit 4083 Mauern 9 Stunden gearbeitet. Auf 264 Baustellen mit 2546 Mauern wird noch 10 Stunden gearbeitet. Niergehn Tage mühten sich die Herren im Schweiße ihres Angesichts, um die Gesellen Lügen strafes zu können; das Resultat war: Unsicherheit, eine Erhebung veranlaßten zu ihnen, oder Unterthätigkeit der Thatsachen, um der öffentlichen Meinung und dem bauenden Publikum Sand in die Augen zu streuen. Die Arbeiterschaft Deutschlands aber wird wissen, welchen Werth das Geschreibsel der „Baugewerks-Zeitung“ und was man von ihrer Wahrheitsliebe zu halten hat. Noch sei kurz bemerkt, welchen Einfluß der Bund auf die Berliner Arbeitsverhältnisse im Bauwesen hat. Nach dem Mitgliederverzeichnis vom 1. April 1896 gehören demselben 292 Mitglieder an. Davon beschäftigen nur 61 Mitglieder Maurer, und zwar auf 111 Baustellen mit 1433 Mauern.

Davon wird auf 43 Baustellen mit 649 Mauern neun Stunden und auf 68 Baustellen mit 784 Mauern zehn Stunden gearbeitet. Die übrigen Herren vom Bund sind Feldherrn ohne Soldaten.

Vom 8. Juni ab werden wir wahrscheinlich wieder den partiellen Streik aufnehmen.

Der Ausgang unseres Kampfes wird Euch nicht gleichgültig sein. Siegen wir, so ist der Verkürzung der Arbeitszeit im Bauberuf die Bahn im ganzen Lande geöffnet. Unser Sieg ist Euer Sieg.

Hoch die Solidarität der deutschen Arbeiter! Hoch der Aufrumbewegung! Mit Gruß und Handschlag: Die Lohncomission der Berliner Maurer.

H. Silber Schmidt, Neue Friedr. Str. 44, Restaurant Köllig. Alle arbeiterfreundlichen Gewerkschafts- sowie politischen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Der Streik in der Barkensabrik von Peussberger & Co. in München dauert auch immer fort. Die Haltung der Streikenden ist gut, und hoffen dieselben auf baldigen Sieg, wenn die Kollegen allertorts ihre Solidarität bezeigen.

Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an: Ant. Raitz, Schreiner, München, Alzenstraße 97, 3 Z. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses gebeten.

Tabakarbeiterstreik in Bremen. Wegen Nichtbewilligung der Forderungen ist unter den Tabakarbeitern in Bremen (Bremen) ein Ausstand eingetreten. Sammtliche der Organisation Angehörige haben hier die Arbeit niedergelegt und sind in den Streik eingetreten.

Zur Arbeiterbewegung in Stuttgart. Der Streik der Schmiebe naht seinem Ende, es haben beinahe sämtliche Meister genehmigt, so daß nur noch ca. 20 Gesellen ausständig sind. Die Wagner (Stellmacher) haben einmüthig ihre Arbeit am Montag niedergelegt, mit Ausnahme von zwei Geschäften, wo die Forderungen sofort bewilligt wurden. Der Geist der Ausständigen ist ein guter und ist auf einen vollständigen Sieg zu rechnen. Die Drecksler wollen ebenfalls in eine Bewegung eintreten und haben ihre Forderungen den Prinzipalen eingereicht. Die minimalen Forderungen verlangen Abschaffung von Roth und Wohnung beim Meister, zehnstündige Arbeitszeit und 15 Mark Minimallohn, 25 Procent Zuschlag für Ueberstunden, 100 pCt. für Sonntagsarbeit, sowie wöchentliche Lohnzahlung.

Die ungarische Schuhmacher-Organisation hat in deutscher und ungarischer Sprache soeben einen Bericht über die zweijährige Thätigkeit des Central-Organisationscomitees der ungarländischen Schuh- und Häutenmacher-Gesellschaften und Ringgewerbetreibenden

Beilage zu Nr. 131 der „Volkswacht“.

Montag, den 8. Juni 1896.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Er aber sich bescheiden, daß er sich vollständig gerechtfertigt habe. Ich gratuliere ihm zu seiner Bescheidenheit. (Heiterkeit.) Ich soll die Stellung von Ausschichtsräten hier nur erwähnt haben, um den Herren einen Maßstab anzugeben. Ja, wenn die Herren die Stellung eines Ausschichtsrates selbst nicht für einen Maßstab halten, dann dürfen sie sie doch auch nicht anderen zum Vorwurf machen. Herr von Pöhl scheint einen Unterschied zwischen den Ausschichtsräten auf der rechten und der linken Seite des Hauses zu machen. Soviel steht doch fest, daß die Ausschichtsräte Summen erhalten, die mit ihrer Arbeitsleistung in keinem Verhältnis stehen. Herr von Pöhl will nur ganz kleine Geschäfte an der Börse gemacht haben. Diese Entschuldigung erinnert mich an eine englische Novelle, wo eine Amme mit einer frommen, vornehmen und hochmoralischen Dame zusammenkommt. Die Dame fragt die Amme nach ihrem Namen und als diese bekennt, sie habe keinen Mann, weist die Dame entrüstet auf das Kind hin. Die Amme bestätigt das Vorhandensein des Kindes, fügt aber entschuldigend hinzu: „es ist nur ein ganz kleines.“ (Heiterkeit.) So klein sind übrigens die Speculationen des Herrn von Pöhl nicht gewesen, eines seiner Geschäfte betrug 500 Tonnem, das sind 10 000 Centner und die kleineren Geschäfte überstiegen auch das Minimum, das an der Börse gehandelt werden darf. Bei einem Geschäft von 500 Tonnem kann man übrigens 50 bis 60 000 Mark verlieren, ein anderer Agrarier, den ich nicht nennen will, hat bei einer „Spekulation“ von 500 Tonnem 40 000 Mark verloren, während er eigentlich nicht jagen, denn er wollte die Differenz nicht bezahlen. (Große Heiterkeit.) Die Verurteilung des Herrn von Pöhl ist um so bezeichnender, als er diese Geschäfte zu einer Zeit gemacht hat, als er schon Präsident des Bundes der Landwirthe war. Es ist das eine Handlung, die nicht besser zu charakterisieren ist, als wenn man Worte und Handlungen gegenüberstellt. Schließlich ist Herr von Pöhl sentimental geworden und hat gesagt, es sei nicht schön und ihm nicht angenehm, wenn solche Dinge hier in Reichstage zur Sprache gebracht werden. Es ist nun nicht meine Mission, der Rechten Unschuldigkeiten zu bereiten. So stehen wir nicht mit einander. (Große Heiterkeit.) Wenn aber Herr von Pöhl Gleiches mit Gleichem vergelten will, so wird ihm das nicht gelingen. Ich bin mir meiner Handlung bewußt, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen habe. Also heraus mit Ihrem Fledermaus, Herr von Pöhl. Es ist wirklich ein starkes Stück, hier den Empfindlichen zu spielen, wo andererseits gerade von den Herren auf der Rechten auf das Rednertrüchtlein verbeugt werden. Wir sollen unsere Gegner tödnen? die uns am liebsten mit Sägen und Strich bedrohen, die uns am liebsten außer Landes vertreiben wollen, damit sie das ruhende Gewissen, das die Socialdemokratie darstellt, nicht mehr stören. Wir informieren uns genau, ehe wir eine Behauptung aufstellen und können die Wahrheit jeder Zeit beweisen. Herr von Pöhl hat das unverschämte und gemeine Lügen genannt, was hier vorgebracht habe, umso mehr hätte ich die Pflicht, hier zu beweisen, daß Herr von Pöhl an der Börse anders handelt, als er in der Presse schreibt und im Reichstage spricht. (Lebh. Beifall bei den Socialdemokraten und links.)

Herr Singer hat sich selbst gelehrt, er habe kein Recht dazu, denn seine Art, die Besätze zu führen, verdient das Lob nicht. Abg. Pöhl bestreitet nicht, einzeln Börsengeschäfte gemacht zu haben. Der Bund der Landwirthe hat dagegen auch gar nicht Front gemacht, er hat nur die Ausbeutung des Volkes durch die Wissenden bekämpft. Da könnte man auch jemanden den Vorwurf machen, daß er einmal Scal gespielt hat, nämlich um 1/4 Pfennig, sondern um 1 Pfennig. (Lachen links.) Herr Singer hat aber Herrn Pöhl als wilden Spieler hingestellt, was durchaus nicht der Fall ist. Jedenfalls liegt hier nichts vor, was Herrn von Pöhl mit seiner politischen Stellungnahme in Gegensatz bringen könnte. Herr Singer hat die Börse einen Sumpfboden genannt, bei einem Sumpfboden zieht man Canäle zur Entwässerung und dies wollen wir hier mit dem Börsenrecht thun.

Herr Dr. Barth (freis. Bgg.) sagt der Rede des Herrn von Pöhl, daß Herr v. Pöhl die Wahl, ob er sich als verführtes Opfer den Börsenleuten betrachten will oder als einen Mann, der sich nicht mit einigem Bewußtsein von dem, was er gethan, getrieben hat. Herr Liebermann hat Recht, antisemitischer Geist herrscht in dem Verlangens, antisemitischer und agrarischer Geist. Der Bund der Landwirthe und der Antisemitismus sind in letzter Linie die beiden Verursacher. Redner bekämpft noch einmal das Verbot des Terminhandels und polemisiert gegen den Grafen Kanitz. Er tadelt, daß die Regierung nicht das Wort nehme. Sie halte das Verbot des Terminhandels für einen Schwabenstreich, wolle es aber acceptiren. Besser wäre es freilich, sie wählte das Verbot des Terminhandels zur Handhabe, das ganze Gesetz fallen zu lassen.

Nachdem noch Abg. Liebermann von Sonnenberg eine Erwiderung auf die Worte des Abg. Singer gegeben hatte, daß Rudolf Hertog für ihn die Schulden bezahlt hat und daß Abg. Singer gebeten hatte, sich mit dem Dreischlüssel in der Hand Photographien zu lassen, wird die Generaldiscussion geschlossen. In der Specialdiscussion werden die Paragraphen 1-37 ohne Debatte angenommen, ebenso die Paragraphen 38-49 ohne Debatte. Die Debatte nach den Beschlüssen zweiter Lesung.

Herr Dr. Barth (freis. Bgg.) spricht dem Bundesrat die Besugniss zu, den Börsenhandel von Bedingungen abhängig zu machen und enthält das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Betreffende.

Herr Graf Schönerling (cons.) sagt: Ich habe selbst unter Termingeschäfte in Getreide gemacht und ich könnte mich zu dem gleichen Standpunkt stellen, wie gestern Herr von Pöhl. Ich könnte sagen, ich habe zwar selbst einmal speculirt, aber das ist nicht die Sache, den Terminhandel jetzt für verwerflich zu halten. Ich muß mich dabei ausdrücken, daß der Terminhandel zu Ausbeutungen geführt hat, die nicht hindern, jetzt und für die Zukunft ähnliche Geschäfte wieder zu machen.

Herr Graf von Arnim (Pr.) beantragte folgenden Zusatz: Wenn börsenmäßige Termingeschäfte, die auf Grund des Gesetzes verboten im Auslande abgeschlossen sind, so sind Rechtsansprüche aus diesen Geschäften unzulässig und findet eine Zwangsvollstreckung des Urtheils ausländischer Gerichte, welche solche Geschäfte betreffen, nicht statt. Circa schon Geleitetes kann zurückgefordert werden.

Reichskanzlerpräsident Koch hat den Antrag des Grafen Arnim für wirkungslos und bittet um Ablehnung desselben.

Herr Dr. Passche (natl.) erwidert die Regierung, sich recht über den Antrag der Reichsregierung, das Verbot des Terminhandels in Kammerzug betreffend schließung zu machen. In der Vorlesung, daß dieses Verbot bald nachfolgt, haben seine Parteifreunde davon Abstand genommen, einen besonderen, darüber stehenden Antrag zu stellen.

Herr Graf von Arnim (Pr.) schließt sich dem Wunsche des Redners an, für das Verbot des Terminhandels in Kammerzug werde noch eine größere Majorität im Reichstage vorhanden sein, als für das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels.

Staatssecretär Freih. v. Marschall hält den Antrag des Grafen Arnim für unannehmbar, weil nach den Bestimmungen der Reichsregierung die Entscheidung ausländische Urtheile, auch wenn sie im Inlande verurtheilt sind, nicht zurückgefordert werden können.

Herr Graf von Arnim (Pr.) fragt an, welchen Staaten die Reichsregierung durch Verweigerung der Rückzahlung verpflichtet seien.

Herr Dr. Barth (freis. Bgg.) spricht sich gegen den Antrag Graf Arnim und gegen das Verbot des Terminhandels im Kammerzug aus.

Reichskanzlerpräsident Koch ist der Meinung, daß der Antrag Graf Arnim auch legitime Geschäfte im Auslande zu hindern geeignet sei. Die Gefahr, daß sich im Auslande eine förmliche Börse für das im Inlande verbotene Termingeschäft etabliren werde, liege nicht vor. Er bitte nochmals, den Antrag abzulehnen.

Herr Graf von Arnim (Pr.) hält den Antrag Graf Arnim für eine wirksame Waffe gegen eine Umgehung des Gesetzes. Nur bezüglich der Zwangsvollstreckung habe Freiherr von Marschall recht.

Die Antragsteller beantragen jetzt vor das Wort „unklagbar“ die Worte „soweit nicht Staatsverträge entgegenstehen“ einzufügen.

Herr Graf von Arnim (Pr.) hält es nicht für verwunderlich, daß Herr Koch die Bedeutung seines Antrages so viel wie möglich abzumildern suche, aber die Regierung könne sich doch nicht auf den Standpunkt stellen: wir nehmen zwar das Gesetz an, lehnen aber die Verantwortung dafür ab. Würde der Antrag nicht angenommen, so werde der Umgehung des Gesetzes Thür und Thor geöffnet.

Die Discussion wird hierauf geschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag des Grafen Arnim ergibt die Ablehnung des Antrages. Dagegen stimmen der größte Theil des Centrums, die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Socialdemokraten.

Paragraph 50 wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Die §§ 51-81 werden debattelos angenommen. Im § 82 ist der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes offen gelassen.

Herr Graf Arnim (Reichsp.) beantragt, § 82 hinzuzufügen: „Der Abschluß von börsenmäßigen Termingeschäften ist nur bis zum 1. Januar 1897 gestattet mit der Maßgabe, daß die bis zu diesem Tage abgeschlossenen Geschäfte auch bis zu diesem Tage abgewickelt sein müssen.“

Herr Graf von Arnim (Reichsp.) beantragt: Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1897 in Kraft.

Die beiden Anträge werden angenommen ebenso die Resolutionen, die sich auf das Verbot des Terminhandels von Kammerzug und auf die zur Einführung gelangenden Werthpapiere beziehen.

Der Präsident fragt nun, ob sich ein Widerspruch gegen die Vornahme der Gesamtstimmung im Hause geltend mache.

Es erhebt sich kein Widerspruch und das Verlangen wird in dritter Lesung in der Gesamtstimmung gegen die Stimmen der Socialdemokraten und freisinnigen Gruppen angenommen.

Obwohl es bereits 6 Uhr ist, tritt das Haus noch in die erste Beratung des Handelsvertrages mit Japan ein.

Herr Graf von Arnim (natl.) ist zwar grundsätzlich mit dem Handelsvertrage einverstanden, hat aber Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Vertrages. Vor Allem müsse das Recht der japanischen Güter, fremdlandische Industrieprodukte zu beschlagnahmen beschränkt werden und er frage die Regierung, ob sie Schritte nach dieser Richtung unternehmen wolle.

Staatssecretär Freih. v. Marschall erwidert, daß es die japanische Regierung nie habe an Entgegenkommen fehlen lassen, mehr Zugeständnisse seien aber nicht zu erreichen gewesen.

Die Debatte wird darauf geschlossen.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. Tages-Ordnung: Zweite Beratung des Handelsvertrages mit Japan, dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle.

Schluß 6 Uhr 30 Min.

Locales.

Breslau, den 8. Juni 1896.

* Der Ausflug der Genossinnen und Genossen gestern Nachmittag nach Cosel hatte sich zahlreicher Theilnahme zu erfreuen. Der große Garten bei Brig war vollständig besetzt und im Saal vergnügten sich die jungen Paare mit Tanzen. Auf der angrenzenden Wiese fanden verschiedene Spiele für Kinder statt, wie Wettlaufen, Topfschlagen etc. Selbst das gegen Abend aufziehende Gewitter, mit starkem Regen verbunden, machte der Fröhlichkeit keinen Abbruch. Alle Gasthoben, der Saal, Haustriffl und selbst die Küche waren besetzt, wo man in lustiger Stimmung die ungnädige Witterung austoben ließ. Erst in später Abendstunde und bei heiterem Himmel wurde der Rückweg angetreten.

* Wegen Aufreizung zum Klassenhaß hat sich demnachst Gerösin Jhrer, die auf einer Antikontour auch in Breslau und anderen Städten Schlesiens geiprocher, zu veranzwortet. So hielt unsere Genossin auch in Liegnitz und Gynau Vorträge; dieselben gaben den überwachenden Polizeibeamten Veranlassung zu Verhören, auf Grund deren gegen Frau Jhrer die Voruntersuchung wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Verächtlichmachung von Staatsinstitutionen (§ 130 und 131 des Strafgesetzbuches) eingeleitet wurde. Die umfangreiche Klageantwortung der Genossin Jhrer bestimmte jedoch die Strafkammer in Liegnitz, von der Eröffnung des Hauptverfahrens Abstand zu nehmen. Auf die Beschwerde des Staatsanwalts entschied jedoch das Oberlandesgericht in Breslau, daß Herr Jhrer doch einzuleiten sei. Derselbe findet noch in diesem Monat in Liegnitz statt.

* Arbeitsniederlegung. In der Bülchauer-Werksitz des Herrn Buhl haben am Sonnabend, den 6. Juni 4 Bildhauer die Arbeit niedergelegt. Einer von den vier Gehilfen hatte sich darüber beschwert, daß einzelne Arbeiter immer die bessere, die andere aber die geringere Arbeit auszuführen hätten. Die Folge daran war, daß der Beschwerdeführer ohne Weiteres entlassen wurde. Die Kollegen schlossen sich mit diesem solidarisch und beschloßen, ihrerseits das Atelier zu verlassen. Wie wir vernehmen, hat der Gewerkschaft der Bildhauer in der hierfür abgehaltenen Sitzung der Kollegen vollständig Recht gegeben und wird sie während des Ausstandes mit wöchentlich 18 Mark unterstützen. Drei Kollegen, die bei der Sache mitinteressirt sind, die aber nicht dem Gewerkschaften, sondern dem Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften angehören, sind zu einem Entschlus noch nicht gelangt. Wie immer! Viele Worte und wenig That! Charakteristisch ist die Handlungsweise des Herrn Buhl. Wenn der Gewerkschaft der Bildhauer, der in allen seinen Angelegenheiten jachlich zu Werke geht, und der gewiß auch die Arbeits-

niederlegung der vier Kollegen reichlich geprüft hat, den Renten Recht gegeben, dann steht Herr Buhl entschieden im Unrecht, und das ist bei einem Stadtverordneten und Centrumsmann, der ausschließlich im Dienste des Domes und sonstiger frommen Anstalten steht, gerade kein schöner Zug von Arbeiterfreundlichkeit. Hoffentlich berücksichtigt nun Herr Buhl die Beschwerde und stellt den gerügten Uebelstand ab.

* Steinbruch-Berufsgenossenschaft. Die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle im Jahre 1895, für welche der Steinbruchberufsgenossenschaft voraussichtlich eine Entschädigungspflicht erwachsen wird, beläuft sich für das Jahr 1895 provisorisch auf 1262 gegen 1240 im Vorjahre. Die Zunahme tritt besonders hervor bei den Unfällen der Cementfabriken (137 gegen 126), bei Kies- und Sandgruben (65 gegen 53), in Basaltbrüchen (92 gegen 82), in Porphyrebrüchen (38 gegen 32), in unterirdischen Bergwerken (19 gegen 12). Günstiger stellen sich dagegen von den größeren Gruppen: Granitsteinbrüche (157 gegen 166) Kalksteinbrüche (183 gegen 198), Sandsteinbrüche (240 gegen 248), Briquettesfabriken (9 gegen 15). In der Section VIII (Breslau) betrug die Gesamtzahl der Unfälle 196 gegen 221 im Vorjahre.

* Das Stadesami der Stadt Breslau I, welches hieher im hiesigen Stadthause eine Treppe untergebracht war, befindet sich vom 10. Juni d. J. ab in dem Grundstück Oberstraße 30 I (Eingang Malergasse).

* Umbau. Grenzartig werden die Gebäude Carrage 1, Weberstraße 16 und Zvingerstraße 22 niedergelegt. Dieselben sind Eigenthum der General-Landschaft. An ihrer Stelle wird ein Neubau aufgeführt werden, der die Bureau- und Kassenräume der Landschaftlichen Bank, welche dieselbe jetzt in dem Geschäftshause der General-Landschaft inne hat, aufnehmen soll, a diese d.m. wachsenden Verkehr nicht mehr genügen.

* Elektrische Straßenbahn. Fast sämtliche Hausbesitzer und Miether der Palmstraße haben an die Direction der elektrischen Straßenbahn das Gesuch gerichtet, die Haltestelle von der Brüderstraße 22 in die Nähe der Palmstraße zu verlegen. Dies liegt nach Ansicht der Patenten auch im eigenen Interesse der elektrischen Bahn, weil jetzt wegen der großen Entfernung der Haltestelle sehr viele Patenten lieber die Pferdebahn benutzen oder zu Fuß gehen. Die gewünschte Verlegung liegt aber auch im Interesse der öffentlichen Verkehrsmittel. Dadurch, daß die Wagen, gleich nachdem sie von der Tauenzieustraße kommend die Curve passiert, zum Stillstand gebracht werden müssen, seien schon viele Unfälle, glücklicher Weise nur leichten Art, vorgekommen, wofür Niemand anders als die unpraktische Lage der Haltestelle verantwortlich gemacht werden könne.

* Eine neue directe Straßenverbindung wurde von der Hirschstraße nach der Michaelstraße über den zugehörrteten großn Waschschiff geschaffen.

* Beilagen. - Folgen der Hochfluth. Von der Mauritius- bis zur Leisingbrücke wurden Seitens der Stadt Beilagen an den Brücken vorgenommen, um festzustellen, ob Vertiefungen oder Senkungen eingetreten sind. - Der Margarethen-damm, welcher an verschiedenen Stellen durch das Hochwasser hart mitgenommen worden war, wird einer gründlichen Reparatur unterzogen. - In Oswitz sowie Ranzen werden die durch das Hochwasser ausgepölkten Stellen wieder ausgebeuert.

* Auf der Oder kam gestern ein Sach mit Fleisch angelangt, welches jedensfalls von einem mißglückten Pochunternehmer herkommen mochte. Marktathenbauern, welche umweit der Leisingbrücke hielten, sahen das Fleisch als eine ganz willkommene Beute an.

* Unglücksfälle. Am 5. d. Mts., Nachmittags, wurde auf der Baulstraße ein Knabe durch einen ungelenk schnell fahrenden Radfahrer zu Boden gerissen, das Kind erlitt eine Verletzung an der Stirn, die ihn in der chirurgischen Klinik verbunden wurde. - Am 5. d. Mts., Abends, kürzte ein Privatfahrer in einem Hause der Palmstraße aus dem zweiten Stock über das Treppengeländer. Der Verunglückte, der eine Gehirnverletzung und innere Verletzungen erlitt, wurde in das Kaiserliche Hospital geschafft. - Am demselben Tage kürzte ein Hausknecht in einem Eisenlageraum auf der Kurzgasse von einem zwei Meter hohen Stroh Eisenstabe und blieb benutzungslos liegen. Er wurde in das Kaiserliche Hospital geschafft. - Der Schneiderlehrling Wilhelm Werner von der Hubenstraße kürzte in Oswitz von einer Schaufel und brach den rechten Unterarm. - Der Arbeiter Adolf Hoffmann von der Laurentiusstraße am Weidenbamm von einem Wagen angefahren worden und hat eine schwere Quetschung des Unterleibes erlitten. Diese Personen fanden im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Aufnahme. - Der Stellenbesitzer Paul Meerrettig, der vor mehreren Wochen im Rosenthal von einem Wagen überfahren wurde, wobei ihm die rechte Hand zertrümmert wurde, ist im Hospital der Barmherzigen Brüder den Folgen der Verletzung erlegen. - Heute Nachmittags befand sich ein Tischlerlehrling mit einem Möbeltransport zu Wagen unterwegs, als das Gefährt mit einem Wagen der Elektrischen Straßenbahn kollidirete. Dem Lehrling wurde bei diesem Zusammenstoß der Mittelfinger der rechten Hand schwer verletzt. In der in der Oberstraße 5 belegenen Unfallkammer wurde die Verletzung der Hand durch einen Arzt untersucht. - Heute Mittags wurde gegen halb 2 Uhr an der Kreuzung der Tauenzieustraße mit der Baulstraße eine Frau von einem die Bahnhofsstraße mit voller Geschwindigkeit herankommenden Radfahrer überfahren. Sie erlitt derartige Verletzungen, daß sie per Droßchie in der Wohnung überführt werden mußte.

* Unterbringung im Krankenhaus. Am 5. d. Mts., Abends kurz vor 10 Uhr, wurde auf der Hubenstraße bei der Magdalenastraße ein junges Mädchen von überaus heftigen Krämpfen befallen. Das Mädchen wurde nach dem Sanitätsmannschaften der Feuerwehr die erste Hilfe geleistet hatten, in einem Krankenwagen einer Sanitätsmannschaft zugeführt.

* Verirrte Kinder. Am 5. d. Mts., Abends, wurde auf der Klosterstraße ein drei Jahre altes Mädchen, bekleidet mit blaue-witzgezeichnetem Kleid und rothschwarzem Schürze vertrieht ange-troffen und von dem Arbeiter Johann, Klosterstraße 101, in vor-sichtige Pflege genommen. - An demselben Tage wurde am Tlaue-ufer ein drei Jahre altes Mädchen vertrieht ange-troffen und in das Armenhaus gebracht. Das Kind trägt dunkles Kleid, helle Schürze, schwarze Strümpfe, Hülshuhe und Strohhut.

